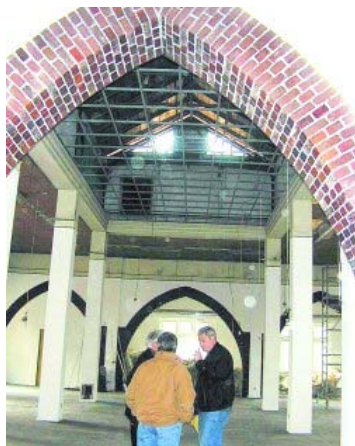


Synagoge

Jüdische Gemeinde baut Haus in Gemeinschaftsarbeit um

Marburg. Der Umbau im ehemaligen AOK-Gebäude in der Liebigstraße geht voran. Ende des Jahres soll das neue Domizil der Jüdischen Gemeinde fertig sein.

von *Brigitte Bohnke*



Über dem Saal der Synagoge ist eine Glaskuppel als Dach vorgesehen. Foto: Bohnke

Im Untergeschoss werden Balken als Stützen für einen neuen Fußboden verlegt, größere Fenster wurden bereits gesetzt, und in der großen Halle im Erdgeschoss wird das jetzige „Bretter-Dach“ bald durch eine Glaskuppel ersetzt werden.

Für Amnon Orbach, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Marburg, bietet das Haus all das, „was wir für unsere Gemeinde brauchen“, sagt er. Der Plan für die Synagoge zeigt, dass der Thoraschrank so gestellt wird, dass er in Richtung Jerusalem weist. Der Gebetsraum wird knapp 90 Stühle erhalten, für

zusätzliche Sitzplätze ist Raum genug.

An der Rückseite des Hauses wird ein zweiter Eingang mit Treppen zum Untergeschoss sowie den Räumen im schmalen Trakt des Obergeschosses gebaut. Die Büros neben dem Haupteingang sind fast fertig. Eines wird die Adresse der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit werden.

Die Stadt, konkret Oberbürgermeister Dietrich Möller und Bürgermeister Egon Vaupel, haben mit dafür gesorgt, dass die Jüdische Gemeinde das schon lange zu eng gewordene Domizil am Pilgrimstein gegen ein „großes“ Haus eintauschen kann. Die Stadt hat das Haus in der Liebigstraße gekauft und es der Gemeinde geschenkt.

Den Großteil der Kaufsumme erzielte die Stadt über den Verkauf des Hauses am Pilgrimstein. Für den Umbau des ehemaligen AOK-Gebäudes stellte die Stadt 50.000 Euro zur Verfügung. Außerdem haben die Fachleute des Bauamtes die Bauleitung übernommen.

Um den Ausbau wie vorgesehen zu realisieren, braucht die Jüdische Gemeinde Geld. „Der Förderverein hilft“, sagt Amnon Orbach, mit Hilfe der Stadt könne die Gemeinde ein Darlehen erhalten.

Ein Zuschuss des Landes steht noch aus. Denn der Landesrabbiner und der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden, Moritz Neumann, haben in der vom Land gewünschten Stellungnahme dargelegt, dass sie das Haus, „so wie es jetzt ist“, als Synagoge und jüdisches Gemeindehaus für „nicht geeignet“ halten.

Moritz Neumann bestätigte dies im Gespräch mit der OP. Ihm habe das Haus bei einem Besuch in Marburg ja gefallen, aber ohne „Aufbau eines weiteren Stockwerkes“ genüge es einfach nicht den Erfordernissen für eine Synagoge und ein Gemeindezentrum.

Das weist Amnon Orbach entschieden zurück.

Weiterhin kritisiert Neumann das Vorgehen der Stadt. Sie übergebe nicht, wie in einem Gespräch erörtert, ein von Grund auf saniertes Gebäude. Er habe die Jüdische Gemeinde in

Marburg gewarnt, dieses „Geschenk“ in Form eines halb fertigen Hauses anzunehmen, betont Neumann. Die jetzige Situation sei zwar „verfahren, aber nicht hoffnungslos“, lautet seine Bilanz.

Die Denkweise von Moritz Neumann könne er nicht nachvollziehen, sagt Bürgermeister Egon Vaupel. Und sie werde von der Jüdischen Gemeinde in Marburg ja auch nicht geteilt.

Die Stadt habe mit dem Kauf des Hauses und dem Umbauzuschuss „Hilfe zur Selbsthilfe“ gewährt. Er kenne den Wunsch Neumanns nach einem „fix und fertigen Haus“. Aber er habe immer gesagt. „Das mache ich nicht.“ Weil dies für die Stadt auch finanziell nicht zu verantworten sei.

Frank Gotthardt, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, ist bemüht, einen Weg zu finden, damit der Zuschuss für das Haus der Jüdischen Gemeinde im kommenden Haushalt eingestellt werden kann.

26.03.2004